

Wie die Familienpolitik den Familien schaden kann



PIERRE BESSARD* • November 2008

Aus freiheitlicher Sicht sollte jeder Versuch einer normativen Familienpolitik als ein Angriff auf die tatsächliche, freiwillig gelebte Familie – ob „traditionell“ oder nicht – abgelehnt werden. Jeder hat selbstverständlich bestimmte kulturelle Vorstellungen der Gestaltung einer idealen oder so genannten traditionellen Familie, gerade auch darum kann „die Familie“ nicht verordnet werden.

Grundsätzlich gibt es gegen kein Modell der freiwillig gelebten Familie etwas einzuwenden. Dies gilt für die so genannte traditionelle Kernfamilie ebenso wie für das Modell allein erziehender Eltern oder anderer Lebensformen. Der Staat sollte durch Interventionen und künstliche Anreizstrukturen kein spezifisches Familienmodell unterstützen und damit einen „moral hazard“ oder Fehlanreize entstehen lassen. Solche Fehlanreize könnten etwa darin bestehen, Personen zu einer Elternschaft zu verleiten, welche die Verantwortung für eine solche überhaupt nicht übernehmen wollen. Es sollte also kein bestimmtes familiäres Modell, auch nicht das traditionelle begünstigt werden.

Die Bedeutung der Familie

Die Familie ist der dominierende Ausdruck gesellschaftlichen Lebens. Die Soziologie geht daher ganz allgemein von einer Universalität der Familie aus. Die Entwicklungsgeschichte zeigt, dass die bürgerliche Familie besonders dann Stärke zeigt, wenn die Eigenverantwortung der Eltern anerkannt und respektiert wird. Eine darüber hinausgehende Förderung kann nicht als notwendig erachtet werden.

Betrachtet man die Binnendynamik der modernen Familie genauer, so muss man einmal mehr zur Erkenntnis kommen, dass die freie Marktwirtschaft einen „grossen Befreier“ darstellt – der Männer wie auch der Frauen. Der freie Markt reduziert massgeblich die ökonomische Abhängigkeit der verschiedenen Familienmitglieder von einander. Der seit der Industriellen Revolution stetig wachsende Wohlstand hat zuerst die Männer von erschöpfender Subsistenzarbeit befreit, die Frauen konnten zugleich mit entlohnter Arbeit wirtschaftlich unabhängig von den Männern werden – beide konnten damit massgeblich an individueller Freiheit gewinnen. Die in der Folge feststellbare Zunahme der Scheidungsraten, der Trend zur Singlegesellschaft sowie alternativen Formen des Zusammenlebens sind

* Der Autor ist Direktor des Liberalen Instituts.

zweifellos ebenso Folgen dieser erhöhten Freiheit, sie ersetzen aber nicht die Familie als solche.

Im Gegenteil, der freie Markt ermöglicht erst unser heutiges Verständnis der intakten Familie. Kinder, die ja bekanntlich in der Vergangenheit meist arbeiten mussten, konnten nur dank dem vom freien Markt erbrachten Reichtum systematisch eine Ausbildung erhalten. Ihre Bedeutung als Alterssicherung nahm mit zunehmendem Wohlstand ab. Die Ehe wurde dabei zugleich von einer Notwendigkeit zu einer romantischen Angelegenheit. Erst die Umlagesysteme der staatlichen Vorsorge haben diese Entwicklung gestört und das Kind wieder auf die Stufe eines Nutzgutes reduziert.

Es wäre jedoch völlig falsch, dies als eine wünschenswerte Rückkehr zu einem früheren Idyll zu begrüßen. Die Familie als unerlässliche wirtschaftliche Einheit ist ein Relikt aus einer Zeit, als die durchschnittliche Lebenserwartung etwa 30 Jahre betrug. Heute noch lassen sich derartige Zustände in den ärmsten Regionen der Welt beobachten. Im heutigen kommunistischen Kuba werden etwa Kinder immer noch dazu gezwungen, an so genannten Sommerlagern teilzunehmen, wo sie in Wahrheit in den Tabak- und Zuckerfeldern als Gratisarbeiter eingesetzt werden. Die Planwirtschaft ist wie auch eine Subsistenzwirtschaft so ineffizient und unproduktiv, dass die Gesellschaft auf die Arbeit der Kinder nicht verzichten kann.

Im reichen Westen, jenseits ökonomischer Nöte und Zwänge, bleibt die Familie dagegen die dominante Form freiwilligen, gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie ist der natürliche Raum der geistigen und materiellen Geborgenheit, in welchem die Kinder heranwachsen, sich entwickeln, ihre Werte, Kompetenzen und ihre Handlungsfähigkeit als künftige Erwachsene aufbauen. Die Familie, die ja zur unmittelbaren Umwelt eines Menschen gehört, nimmt typischerweise auch die wichtige Funktion einer sozialen Kontrolle wahr, sie dient der Sozialisation des Menschen.

Der Angriff auf die Familie

Genau deshalb gilt die Familie unfreiheitlichen, illiberalen geistigen Strömungen regelmässig als Feindbild. Sozialistische, sozialdemokratische und andere utopische Ideologien haben immer wieder versucht, diese Einheit zu zerstören, um einer Gesellschaft ihre wirren Vorstellungen aufzwingen zu können. Bekanntlich ging dieser Drang bis hin zur Trennung der Kinder von ihren Eltern und ihre Einweisung in kollektive Erziehungsinstitutionen. Schon in Platons *Republik* plädiert Sokrates dafür, dass Kinder anonym erzogen werden, damit die Identifizierung mit dem Staat vollständig wird.

Derartige Angriffe auf die Familie sind jedoch leider keineswegs nur ein Merkmal der Vergangenheit oder primitiver politischer Systeme. In Zeiten steuerfinanzierter Krippen, Familienzulagen, Sozialversicherungen, Früheinschulung, Ausbildungszulagen usw. verkommt auch bei uns die Familie zusehends zu einer „staatsbezahlten Agentur für Reproduktionszwecke“ (Gerd Habermann). Die

Sozialdemokraten aller Parteien plädieren offen dafür, dass Kinder vom Staat „kostendeckend“ betreut werden sollten. Die zunehmende Popularität der in ihren Wurzeln totalitären Familienpolitik hat offenbar vor allem auch mit der Finanzierung des in immer grössere Schieflagen geratenden staatlichen Umlagesystems der Altersvorsorge zu tun. Die Bürger werden zu einer erhöhten Kinderproduktion ermuntert, um diese als Finanzierungsinstrumente der staatlichen Rentenökonomie einsetzen zu können. Aus einer humanistischen, liberalen Perspektive ist dies höchst bedenklich.

Wie konnte aber das unendlich wertvolle Geschenk des Lebens an ein Kind nur zu einem so biederem Anliegen wie der Finanzierung der AHV verkommen?

Die Last des Sozialstaates

Ein Blick auf die Quote der Soziallasten spricht hier Bände – sie hat sich in den letzten drei Jahrzehnten auf rund 29 Prozent des Bruttoinlandsprodukts mehr als verdoppelt. Eine gewaltige Belastung der erwerbstätigen Gesellschaft. Inzwischen ist das Verhältnis zwischen Rentnern und Erwerbstätigen von 9,5 auf 3,6 gesunken, und es soll in den nächsten Jahrzehnten weiter auf 2,2 sinken. Die Lebenserwartung hat sich seit der Einführung der AHV von 68 auf 82 Jahre erhöht, aber das willkürliche Referenzalter von 65 Jahren ist dabei stehen geblieben. In seiner Not hat die Regierung bekanntlich schon versucht, die Mehrwertsteuer zum Zwecke der Rentenfinanzierung zu erhöhen – eine weitere Belastung der produktiv Tätigen. Nächstes Jahr werden die Bürger über eine Mehrwertsteuererhöhung im Dienste lebenserhaltender Massnahmen für die marode Invalidenversicherung zu befinden haben. Zugleich steigen die Gesundheitskosten aufgrund der bekannten Fehlanreize des Systems beständig an. Nur durch eine Manipulation der Reserven kann der Anstieg der bereits rekordhohen Zwangsprämien noch einigermaßen gebremst werden.

Weitet man den Blick derart auf die vielfältigen Interventionen des Wohlfahrtsstaates, zeigt die Familienpolitik ein abenteuerliches Janusgesicht: einerseits werden die Familien durch immer höhere Steuern und Zwangsabgaben belastet, andererseits werden sie durch beliebige Subventionen „gefördert“ – welche sie freilich selbst finanzieren müssen. Der Staat dient nur als Mittelsmann in diesem Umverteilungskarussell. Ein Beispiel dieser intrinsischen Demagogie der Familienpolitik findet sich in der Verstaatlichung des Mutterschaftsurlaubs vor vier Jahren. Bereits im ersten Jahr haben deren zusätzliche Kosten die Erwerbsersatzordnung in den Minusbereich geschickt und damit den Druck für weitere Steuererhöhungen erhöht.

Eine umfassende Studie der Eidgenössischen Steuerverwaltung stellte vor vier Jahren gar ganz offiziell fest,¹ wie die höhere Steuer- und Abgabenlast das Einkommenswachstum mittelständischer Haushalte auffrisst. Von einem

¹ „Verteilung des Wohlstands in der Schweiz“, Studie im Auftrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Ecoplan, Februar 2004.

durchschnittlichen Bruttoeinkommen verbleiben dem Haushalt nach Abzug der Zwangsabgaben und der periodischen Ausgaben mit längerfristiger Verpflichtung nur noch 55 Prozent des ursprünglichen Einkommens.

Weitere Steuererhöhungen würden die finanzielle Unabhängigkeit der Familien natürlich weiter einschränken. Der steigende steuerliche Druck macht somit die angeblichen Leistungen der Familienpolitik wieder völlig zunichte. Das einzige was sie letztlich erreicht, ist die Vernichtung der Autonomie der Familie.

Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Entkräftung der Familien übernimmt der Staat zusehends die Fürsorgerolle der Eltern. Es findet ein familiärer „crowding out“-Effekt statt. Mit der Kollektivierung der Kosten und der Fürsorge ist die „Stärkung der Familie“ längst zu einem zynischen Lippenbekenntnis von Politikern auf Stimmenfang geworden. Tatsächlich werden die Eltern durch Vater Staat regelrecht infantilisiert, unsere mündigen, liberalen Demokratien werden zu Volksheimen bevormundeter lebenslanger Rentner, sollten die sozialdemokratischen Vordenker in allen Parteien ihren Einfluss weiter ausbauen können.

Wie die Familien gestärkt werden

Das Fazit lautet daher: Eine echte Stärkung der Familien ist dringend notwendig. Anders als von der Politik vorgegaukelt erfordert sie jedoch nicht noch mehr Interventionen, Förderungen, Subventionen und Lenkungen. Eine Stärkung der Familie erfordert eine Besinnung auf deren Autonomie und Eigenverantwortung. Von der Kapitaldeckung der Altersvorsorge bis hin zu einer drastischen Reduktion der Steuern – einschliesslich der Mehrwertsteuer – reicht der Katalog einer nachhaltigen, liberalen „Familienpolitik“. Nur in Freiheit und Mündigkeit können Ehepartner und Kinder sich freiwillig, aufgrund ihrer Zuneigung einander zuwenden und wechselseitige Verantwortung übernehmen. Wer die Familie stärken will, muss ihr also vor allem eines geben: ihre Freiheit.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Seefeldstrasse 24
8008 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch. Eine Version dieses Papers wurde an der 5. Ideenmesse der Schweizer Think Tanks am 6. November 2008 in Zürich vorgetragen.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2008, Liberales Institut.